

Zürichsee-Zeitung

ZRZ
Zürcher Regionalzeitungen

Bezirk Meilen

Kantonsräte fordern Neuwahlen nach Gemeindefusionen

FUSION Am linken Zürichseeufer fusionieren Anfang 2019 drei Gemeinden. Jetzt sorgt sich ausgerechnet ein rechtsufriger Kantonsrat um das demokratische Mitbestimmungsrecht.

Noch knapp zwei Wochen, dann ist Wädenswil flächenmässig die drittgrösste Stadt im Kanton Zürich. Denn ab dem 1. Januar sind Schönenberg und Hütten keine eigenständigen Gemeinden mehr, sondern bilden zusammen mit Wädenswil eine grosse.

Noch fehlt aber der Segen des Bundesgerichts. Denn die Beschwerde von zwei Schönenbergern gegen die Fusion ist noch hängig. Laut Wädenswils Stadt-

präsident Philipp Kutter (CVP) war aber mit dem Zwischenurteil des Bundesgerichts im Sommer schon klar, dass einem Gemeindefusionen so gut wie nichts mehr im Wege steht.

Damals lehnte das Bundesgericht die von den Fusionsgegnern geforderte aufschiebende Wirkung für den Zusammenschluss der Gemeinden ab. Damit erhielten die drei Gemeinden quasi grünes Licht, um die Arbeiten an

der Eingemeindung weiterzuführen.

Fusionsgegner abgeblitzt

Ein Kantonsrat aus dem Bezirk Meilen sorgt jetzt dafür, dass ein Aspekt der Gemeindefusion auch auf dem politischen Parkett nochmals diskutiert wird: In einer Anfrage wollen drei Kantonsräte, darunter Tumasch Mischol (Hombrechtikon, SVP), wissen, wie die Zürcher Exekutive dazu steht, dass Schönenberg und Hütten bis zum Ende der aktuellen Legislaturperiode 2022 nicht im Wädenswiler Parlament

vertreten sind. Wegen der Beschwerde bis vor Bundesgericht musste der Zusammenschluss um ein Jahr verschoben werden und die Berggemeinden waren gezwungen, im April 2018 eigene Wahlen anzusetzen.

Doch warum interessiert sich ein Hombrechtiker Kantonsrat überhaupt für die Belange von Schönenberg und Hütten? Steht der Bevölkerung von Hombrechtikon etwa auch bald eine Fusion mit einer Nachbargemeinde ins Haus? «Nein», sagt Mischol auf Anfrage der ZSZ. Er sei schlicht erstaunt gewesen, dass der Regie-

rungsrat offenbar in Kauf nehme, dass gut ein Achtel der Stimmberechtigten der Grossgemeinde Wädenswil bis 2022 de facto aus der demokratischen Mitbestimmung in kommunalen Belangen ausgeschlossen sein würden, sagt Mischol.

2022 nämlich ist die laufende Legislaturperiode beendet. Mit ihrer Anfrage wollen Mischol und seine Mitstreiter erreichen, dass sich ein solcher Fall bei künftigen Gemeindefusionen nicht wiederholen kann.

*Dorothea Uckelmann/
Francesca Prader*